

«Man kommt sich vor wie ein Detektiv»

Romoos: Ruedi Lustenberger hat den GPK-Bericht zur Affäre UBS mit verfasst.

CVP-Nationalrat Ruedi Lustenberger war eines von zwölf Mitgliedern der Geschäftsprüfungskommission (GPK), welche den Bericht zur Affäre UBS verfasst hatten. Dieser wurde am 31. Mai in Bern vorgestellt und in den letzten Wochen diskutiert.

Interview Marina Felder

Entlebucher Anzeiger: Ruedi Lustenberger, Sie haben zusammen mit Ihren Kollegen der GPK 31 Sitzungen, 60 Anhörungen und zahlreiche weitere Stunden für das Studium von Protokollen, Jahresberichten und Aktenordnern investiert. Sind Sie zufrieden mit der geleisteten Arbeit und den Ergebnissen?

Ruedi Lustenberger: Ja. Ich bin überzeugt, dass der Bericht seriös und umfassend ist. Zudem wurden die richtigen Forderungen gestellt. Unsere fünf Motionen, zwei Postulate und 19 Empfehlungen sind ein sehr guter substantieller Beitrag an die Aufarbeitung der Affäre.

EA: Was war Ihre Motivation, in dieser Arbeitsgruppe mitzumachen?

RL: Meine Partei hat mich dafür angefragt. Politisch ist die Sache hochbrisant und sie betrifft eine Materie, die nicht zu meinem eigentlichen beruflichen Metier gehört. Diese Kombination hat mich fasziniert. Man kann unbefangen die politischen Schlüsse ziehen. Das reizt natürlich gewaltig. Andererseits bin ich an die Grenzen meiner zeitlichen Verfügbarkeit gestossen. Nur, das «animal politique» und das innere Politfeuer in mir ist sicher nicht kleiner geworden.

EA: Wie liefen die Befragungen ab?

RL: Wir haben 40 Personen befragt, manche davon mehrmals. Die Anhörungen wurden vom Sekretariat vorbereitet. Die Arbeitsgruppe kam dann für eine Vorbesprechung zusammen, dann wurden die Betroffenen angehört, schliesslich folgte die Auswertung. Die Angehörten nahmen jeweils zwischen dem Präsidenten der Arbeitsgruppe, der die Fragen stellte, und der Kommissionssekretärin Platz. Wir hörten zu und stellten anschliessend weitere Fragen, die uns während der Anhörung als wichtig erschienen. Dabei kam man sich manchmal schon vor wie ein Detektiv, der Puzzlestein für Puzzlestein zusammen setzt.

EA: Wie haben sich denn die Befragten verhalten?

RL: Sie haben sich allesamt kooperativ verhalten und offen kommuniziert – auch die Befragten der UBS, wobei sich diese «selbstverständlich» keinerlei persönlicher Schuld bewusst sein wollten. Von der UBS-Spitze kamen übrigens alle angefragten Personen bis auf Martin Liechti, der bereits in

den USA ausgesagt hatte und deshalb bis zum Ende des Prozesses nicht mehr in der Schweiz aussagen darf.

Die Atmosphäre war stets anständig und professionell. Wir führten ja auch keine Verhöre durch, sondern eben Anhörungen.

EA: Kann man da überhaupt stets neutral bleiben, oder kommen gelegentlich schon die eigenen Emotionen hoch?

RL: Natürlich hat man in dieser Frage Emotionen, sonst wäre man ja ein politischer Kühlschrank. Aber, Emotionen zu haben bedeutet nicht, dass man parteiisch ist. Man ist der Wahrheit, der Sachlichkeit, der Unabhängigkeit und letztlich der Eidgenossenschaft verpflichtet.

EA: Die Kompetenzen der GPK sind beschränkt, gerade das Verhalten der UBS und der USA kann sie nur bedingt prüfen. Waren solche Grenzen manchmal frustrierend?

RL: Dass wir von den USA direkt nichts erfahren würden, war von Anfang an klar. Wir haben uns auf die Berichte unserer Diplomaten gestützt. Von den UBS-Mitarbeitern habe ich die Kooperation so erwartet. Sonst hätten sie eine parlamentarische Untersuchungskommission (PUK) selber erwirkt. Der Bundesrat hingegen hat sich bis letzten November geweigert, uns sämtliche seiner Akten auszuhändigen. Da sind wir zuerst an Grenzen gestossen. Als er dann begriff, dass wir nicht locker lassen würden, bekamen wir vollumfängliche Einsicht.

EA: Weshalb hat der Bundesrat so abgeblockt?

RL: In einer Demokratie mit Gewaltentrennung geht es immer auch um die Erhaltung der eigenen Macht. Als Aufsichtsbehörde steckt man dann halt seine Nase auftragsbedingt in die Angelegenheiten der anderen Gewalt. Dass die Betroffenen dabei nicht immer glücklich sind, ist logisch. Aber wenn das Geschäft dermassen brisant und hoch politisch ist, dann gehts nicht ohne Kooperation.

EA: Im Bericht bemängelt die GPK die Kollegialität im Bundesrat. Ist das Kollegialitätsprinzip noch anwendbar?

RL: Der Bundesrat muss wieder zu einem Team werden. Dazu braucht es einen Kapitän, der nicht alle Jahre wechselt. Durch eine Regierungsreform könnten die Fachaufgaben vernünftiger verteilt werden, und ein achter Bundesrat ohne zusätzliches Departement könnte die Präsidialaufgaben übernehmen. Ohne Stimmrecht im Gremium bekäme er auch nicht übermässig Macht. Alternativ könnte auch die Bundeskanzlerin den Bundesrat leiten. Das würde dieses Amt massiv aufwerten. Im Moment hat jeder Bundesrat vor allem seine Departementssicht und keiner will sich beim andern materiell stark einmischen.

EA: Der GPK-Bericht wurde von verschiedenen Seiten kritisiert. Der Nationalrat forderte eine PUK, die vom Ständerat aber verworfen wurde...

RL: Manche finden, der Bundesrat sei geschont worden, andere finden unsere Kritik viel zu hart – somit liegen wir wahrscheinlich richtig. Eine PUK hat nicht mehr Kompetenzen und Würde, abgesehen von den hohen Kosten, vermutlich nichts Neues bringen. Wichtig ist eine UBS-interne Aufarbeitung, aber das kann keine parlamentarische Kommission übernehmen. Die Forderungen nach einer PUK sind stark parteipolitisch motiviert: Es stehen Wahlen an.

EA: Gegen eine PUK spricht auch der Zeitverlust. Weshalb eilt es, die Lehren zu ziehen?

RL: Too big to fail, das heisst, die Grösse der zwei Grossbanken wird zusehends problematischer. Die Lösung dieses Problems pressiert. Es kann nicht sein, dass beim Konkurs einer privaten Grossbank der volkswirtschaftliche Schaden so gross ist, dass er mit allen Mitteln verhindert werden muss. Damit haben die beiden Grossbanken eine faktische Staatsgarantie, und die Schweiz ist de facto erpressbar.

EA: Ist Ihre Arbeit mit der Veröffentlichung des Berichts nun abgeschlossen?

RL: Nein. Wir werden mit Argusaugen darauf achten, dass unsere 19 Empfehlungen vom Bundesrat umgesetzt werden. Das ist das Gute an Empfehlungen: Wir, die GPK bleiben die zuständige Kontrollinstanz und bleiben damit institutionell am Ball.

KAESTCHEN

Der GPK-Bericht zur UBS

Die Geschäftsprüfungskommissionen (GPK) der eidgenössischen Räte haben von März 2009 bis Ende Mai 2010 die UBS-Affäre und das Verhalten der politischen Akteure untersucht. Dies mit dem Ziel, Lehren für die künftige Geschäftsführung des Bundesrates in solchen Krisen zu ziehen. Die gemeinsame Arbeitsgruppe bestand aus je sechs Vertretern des Nationalrates – darunter Ruedi Lustenberger (CVP) – und des Ständerates. Diese prüften in 31 Sitzungen und 60 Anhörungen das Verhalten von Bundesrat, Nationalbank, Bundesverwaltungsgericht und Finanzmarktaufsicht einerseits bei der Bekämpfung der Finanzkrise (2007/08) andererseits im Zusammenhang mit dem Streit um die Herausgabe der UBS-Kundendaten an die amerikanischen Behörden (2008). Das Verhalten der UBS und der amerikanischen Behörden lag nicht im Kompetenzbereich der GPK. Herausgekommen ist ein 370-seitiger Bericht, der unter www.parlament.ch heruntergeladen werden kann. [sda/EA]